

Ganzjährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Ganzjährig	11 fl. — kr.
Halbjährig	5 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 75 „

Für Aufstellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Rheinhardt & S. Vamberger).

Für die einspaltige Petitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr.

Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 89.

Mittwoch, 19. April 1871. — Morgen: Sulpitius.

4. Jahrgang.

Jetzt oder nie!

So lautet das Feldgeschrei, das unlängst die Hauptfeinde der Einheit und Freiheit in Oesterreich, die Nationalen und Klerikalen, ausgegeben. Sie haben ihre Kräfte gesammelt und glauben den rechten Zeitpunkt zum Beginne der Aktion gekommen. Seit dem Ausfalle der letzten Wahlen wurde an derselben geplant. Hohe und einflussreiche Kreise, in konstitutionelle Staatsformen noch nicht recht eingelebt, in denen eine Frömmigkeit herrscht, die hart an Bigotterie grenzt, nahmen den allgemein herrschenden Pessimismus zum Ausgangspunkt, schlugen Kapital aus der Zerfahrenheit der Verfassungspartei und gaben der Krone, welche Natur und Pflichtgefühl die Wege der Erhaltung wandeln heißen, den erfolgreichen Rath, mit sämmtlichen Parteien zu brechen und mit neuen Männern, die über den Parteien stehen, und mit neuen Mitteln einen letzten Versuch zu machen.

Mit dem Wiederzusammentritt des Reichsrathes nach Ostern haben die „neuen Männer“ versprochen, Farbe zu bekennen, jetzt endlich soll dasjenige, was sie im geheimen gebräut, was sie von langer Hand vorbereitet, was sie mit den Nationalen und Feudal-Klerikalen abgemacht, das Tageslicht erblicken. So viel aus den orakelhaften Andeutungen des Ministerpräsidenten selbst und den unklaren Auslassungen der Regierungsblätter und der feudal-klerikalen Presse zu entnehmen, sollen die 17 Landtage mit neuen Rechten ausgestattet werden, sie sollen Verfassungsspielerei treiben, ein großer Theil der Kompetenz des Reichsrathes soll an die Landtage verjettelt werden, kurz die gegenwärtige Zerfahrenheit in den staatsrechtlichen Anschauungen soll in Permanenz erklärt, die Wirren des Parteigetriebes, zu Gesetzen zugestimmt, vor das Abgeordnetenhaus gebracht werden. Der Bund der Verfassungsfeinde wird dann eine um so wirksamere Waffe besitzen, den Reichsrath und die Verfassung zu schädigen und zu zertrümmern und die verfassungstreuen Deutschen an die verschiedenen Slavenstämme auszuliefern. Darin liegt eben die hauptsächlichste Gefahr dieser Entwürfe, daß sie nur die Folge haben können, das Ansehen des Reichsrathes zu untergraben und seine Kraft lahm zu legen, darum widerstrebt man den direkten Wahlen, darum will man jedes nationale Stimmgeheimniß künftighin mit dem Ernst, wie Regierungsvorlagen behandelt wissen.

Jetzt oder nie! sei darum auch unser Schlachtruf. Presse, Vereine und Reichsrath mögen sich rüsten, den Plänen, die ganz dazu angethan, die Verfassung lahm zu legen, zu begegnen. Ungefäunt muß das Gesetz für die direkten Wahlen eingebracht, der Reichsrath von dem Parteigetriebe der Landtage unabhängig gestellt werden. Dann, aber auch nur dann kann von Erweiterung der Autonomie der Landtage die Rede sein. Will das Ministerium auf diesem Wege vorgehen, so dürfte vielleicht sein Ursprung kein Hinderniß sein, daß die Verfassungspartei mit ihm geht.

Seinen Ausgleichsverhandlungen begegneten die Czechen überall mit demselben Trotz, mit demselben

Starrsinn, wie früheren ähnlichen Versuchen. Das Feldgeschrei ist daselbe geblieben: die Verfassung, die Deklaration, zwei unvereinbare Gegensätze. Den Reichsrath beschicken die Czechen nie und nimmer, und ihr Landtag hat kein Recht, Verfassungsfragen zu behandeln. Auf dem Umwege nun, daß den Landtagen die Gesetzinitiative gewährt wird, will die Regierung, die ja Verfassungsbruch so aus dem Grunde verabscheut, dahin gelangen, Verfassungsfragen mit den widerspenstigen Landtagen zu erörtern. Wohin die weiteren Bestrebungen gehen, verräth das Organ der Feudalen, das „Vaterland.“ Es fordert, damit bis „auf weiters“ der Ausgleich mit Ungarn nicht geschädigt werde, daß die Delegationen fortbestehen, aber die Delegirten aus den Landtagen entsandt werden, und braucht, um die Zulässigkeit solchen Vorgehens zu erweisen, die rabulistische Spitzfindigkeit: Das Protokoll des ungarischen Ausgleiches verlange nur, daß die Delegationen „verfassungsmäßig“ gewählt werden sollen; daß die jüdische Delegation aus dem Reichsrath entsendet werden müßte, davon sei in den Ausgleichsgesetzen nicht die Rede. Nun sollte es zwar jedermann klar sein, daß nur die Vertretungen der beiden Reichshälften die Befugnisse besitzen, über die gemeinsamen Angelegenheiten zu verhandeln, nur sie haben Einfluß auf die Gesamtpolitik, nur sie besitzen das Budgetrecht, nur sie seien deshalb im Stande, diese ihre organischen Befugnisse an Bevollmächtigte zu übertragen, nicht die Landtage, die keine solchen Befugnisse besitzen, noch je besessen haben.

Auf diesem Wege gelangt man sicher nicht zum Frieden in diesem arg zerklüfteten Reiche, die staatsrechtlichen Konflikte werden durch das neue Experiment nur ins Unabsehbare verlängert oder führen zu einer gähnen Katastrophe. Selbst wenn die verfassungseindlichen Parteien alles erreicht haben werden, was sie jetzt begehren, werden sie sich nicht zufrieden geben. Lautet nicht schon das neueste Programm des „wahren Oesterreichthums“ Wiedereinführung des Papstes in seine weltliche Herrschaft? Strebt es nicht schon, bevor noch seine nächsten Ziele erreicht, über die Grenzen hinaus und schreibt auf seine Fahnen die alten Donquixoterien: Wiederherstellung des Konföderates und Wiederaufrichtung des hierarchischen Thrones? Gerade die ruhelose, fieberhafte Hast in gewissen Kreisen, stets wieder Neues ins Leben zu rufen und das geltende Verfassungsrecht in Frage zu stellen, ermunthigt die national-klerikale Opposition, ihre Ansprüche zu steigern und erfüllt sie mit der Hoffnung, daß sie endlich durch fortgesetzten Widerstand die oberste Macht des Staates zwingen wird, zu Gunsten der nationalen Selbständigkeit abzustanden. Würde hingegen einmal mit der Verfassung Ernst gemacht, nicht nur dem Wort, sondern der That nach, würden die Staatsgrundgesetze gegen alle Anfechtungen geschützt, die Rechtsbeständigkeit derselben außerhalb jedweder Diskussion erklärt, den zersetzenden Bestrebungen jede Aussicht auf Verwirklichung ihrer Ziele benommen, so würden die Gegner sich gewiß bald überzeugen, ihr Widerstand sei hoffnungslos, ihre Lebens-

interessen geschädigt, so lange sie die Theilnahme an der parlamentarischen Arbeit verweigern. Auf diese Art wurden Schottland und Irland für die englische Verfassung, werden gegenwärtig die separatistischen Südstaaten für die amerikanische Union gewonnen. Niemandem ist es dort im Traume eingefallen, sich auf den Standpunkt des Gegners zu stellen oder mit ihm die eigene Verfassung und deren Bestand zu erörtern. So lange aber die Regierungsgewalt vor jedem national-klerikalen Windhauch die Segel streicht, ein anderes Experiment beginnt und nach einer andern Richtung steuert, werden endlich die letzten und treuesten Anhänger dieses Staatswesens an seiner Lebensfähigkeit irre und verzweifeln. Doch dahin soll es nimmer kommen, jetzt oder nie soll auch unsere Parole heißen, noch einmal wollen wir mit ganzer Kraft für den Verfassungsstaat einstehen, der Glaube an Oesterreichs Bestand soll nicht erschüttert werden.

Der Bürgerkrieg in Frankreich.

Cluseret, der alte Amerikaner, der zuerst den Aufstand in Paris organisiert, dann aber wegen der Anfangs März verlorenen Gefechte ins Gefängniß geworfen worden, „weil das bei Republikanern so Sitte,“ erscheint nun wieder auf dem Schauplatz und liefert in seinen Schlachtberichten tagtäglich einige größere Gefechte, schlägt mehrere Stürme auf Vauvres und Issy siegreich ab, läßt Dombrowsky nicht nur Neuilly, sondern auch Courbevoie erobern. In Wirklichkeit verhalten sich die Dinge ganz anders, wie aus den Versailler Telegrammen und aus den Depeschen englischer und belgischer Blätter hervorgeht.

Am 14., 15. und 16. April fanden keine bedeutenderen Gefechte statt, dagegen war die Kanonade auf einigen Punkten der ausgedehnten Angriffslinie im Süden und Westen zeitweilig besonders heftig. So oft das Feuer der Versailler Batterien etwas nachließ, theilten die Häupter der Kommune den erschreckten Parisiern jedesmal mit, der Feind ziehe sich in voller Auflösung und unter ungeheuren Verlusten zurück. Wenn die Versailler Truppen auch noch mit dem entscheidenden Sturm auf das rebellische Paris zögern, so halten sie doch die einmal genommenen Stellungen mit einer Hartnäckigkeit, die beweist, daß sie sich ihrer Ueberlegenheit bewußt sind. Aus den Telegrammen der Kommune erhellt übrigens, daß im Westen die Seine und im Süden die Forts und die gleichnamigen Ortschaften vor ihnen die Grenzlinie ihres Territoriums bilden. Die Versailler Truppen haben nach wie vor die beherrschenden Höhen von Chatillon, Clamart und Meudon inne, und belgische Blätter melden, daß die gegenüberliegenden Forts Vauvres und Issy in Trümmer geschossen sind. Eine Depesche Thiers' vom 17. sagt: Die Regierung beharrt auf dem Systeme des Zuwartens, um so bedeutende Streitkräfte zu sammeln, daß ein Widerstand unmöglich und minder blutig werde, und um ferner den Irregeleiteten Zeit zu gönnen, zur Vernunft zurückzukehren. Das Rundschreiben stellt sodann in Abrede, daß die Regierung die Republik vernichten wolle; sie be-

schäftige sich einzig damit, den Bürgerkrieg zu beenden, die Ordnung, den Kredit und die Arbeit wieder herzustellen und die Deutschen zu bezahlen, damit sie das französische Gebiet räumen. Es erinnert ferner, daß die Auführer, welche die Waffen strecken, begnadigt werden, und sagt, wenn einige Kanonenschiffe gehört werden, so rühren sie von den Aufständischen her, welche an Kampf glauben machen wollen. Die Lage wird, wie das Rundschreiben schließlich sagt, noch einige Tage unverändert bleiben. Durch ein Dekret vom 16. April werden die Munizipalwahlen nach dem neuen Gesetze auf den 30. d. festgesetzt. Privatnachrichten der „Agence Havas“ zufolge haben die Regierungstruppen am 17. morgens nach glänzendem Kampfe Schloß Becon, eine wichtige, Mosieres beherrschende Position, besetzt. In Paris erwartet man zunächst die Abschneidung aller Bahnen und alles Verkehrs mit der Außenwelt. Die Haltung des größten Theils der Bürgerschaft ist eine passive. Die Lebensmittel werden theurer, die Waaren seltener. Die Metzger kündeten bereits am 17. an, daß sie am folgenden Tage ihre Verkaufsläden nicht mehr eröffnen werden. Die Kommunalbehörden erklären, Mundvorrath sei noch auf drei Wochen vorhanden. Paris geht also binnen kurzem einer zweiten Hungersnoth entgegen.

Der jetzige Minister des Innern der Pariser Kommune heißt Grelhier und war vor kurzem noch Besitzer einer Waschanstalt. Jüngst machte ihm der Vorsteher eines Friedhofes seine Aufmerksamkeit, um ihn in einer geschäftlichen Angelegenheit zu konsultiren. Der neue Minister erwiderte, daß er nicht das mindeste von den Pflichten seines hohen Amtes verstehe und lieber wieder die Leitung seiner Waschanstalt übernehmen möchte; aber es sei ihm mit dem Tode gedroht worden, falls er sich weigere, den Posten anzunehmen. „Sie bewachen mich auf Schritt und Tritt“, fügte „Se. Excellenz“ hinzu, „ich kann nicht einmal auf einen Moment ausgehen; ich würde riskiren, daß mir ein Bajonnet in den Leib gerannt wird. Ich kann Ihnen nur den guten Rath ertheilen, werden Sie nie Minister.“ Er zeigte dann auf einen Stoß Altkleidstücke, deren Inhalt, wie er sagte, er nicht im mindesten verstehe; er habe nur waschen gelernt. Er nehme sich auch gar keine Mühe, die Pakete zu öffnen, da der frühere Minister ohne Zweifel wieder zurückkehren werde. Herr Grelhier befürchtete, man würde ihn dann erschießen.

Der Mann, welcher als Delegirter der Kommune gegenwärtig in Paris das Szepter der weiland allmächtigen Fouché und Pietri führt, Raoul Rigault, zählt nicht mehr als 24 Jahre und ist noch jetzt unter den Schülern der Ecole de Médecine eingeschrieben. Das Vorbild dieses jungen Revolutionärs ist Marat, der ja bekanntlich auch ein Mediziner war. Man erzählt, daß Rigault schon unter dem Kaiserreiche, welches ihn als Mitarbeiter der Rochefort'schen Journale und als Mitglied der „Internationale“ mehrfach verfolgte und in den Kerker warf, seine Zeit damit verbrachte, Proscriptionslisten zu entwerfen und Anklageakte zu schmieden; seine Freunde hatten ihn schon längst für den Fall, daß sie einmal aus Kuder gelangten, zum Polizeiminister bestimmt.

Politische Rundschau.

Salzbach, 19. April.

Von Seite der Regierung wurden die erwarteten Vorlagen betreffs Erweiterung der Landtagsautonomie noch nicht vor das Abgeordnetenhaus gebracht, ja in unterrichteten Kreisen verlautet, die Einbringung sei zweifelhaft; jedenfalls habe ihre ursprüngliche Fassung sehr bedeutende Aenderungen im letzten Augenblicke erfahren. Dafür wurden in der gestrigen Sitzung die nachstehenden Gesetzentwürfe eingebracht: Vom Finanzministerium eine Nachtragskreditforderung von 420.000 fl. zur Beschaffung der Kriegstaschen und Reservemunition für die Landwehr. Außerdem wird vom Finanzministerium eine Denkschrift bezüglich der passiven

Grundentlastungsfonde vorgelegt. Der Finanzminister legt ferner einen Gesetzentwurf über die Forterhebung der Steuern pro Mai vor. Hierauf Debatte über den Antrag des Refutirungsausschusses, wegen der Differenzen bezüglich des sanktionirten tiroler Landesvertheidigungs-Gesetzes einen Ausschuss einzusetzen. Smolka beantragt Namens der Minorität Uebergang zur Tagesordnung. Christian Koy spricht gegen den Majoritätsantrag, Sturm bekämpft die formellen Bedenken Smolka's, Delz ist für Uebergang zur Tagesordnung aus Loyalität. Nach den Schlussworten beider Berichterstatter wird der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses angenommen. Fur begründet den Antrag auf Revision der Preßgesetzgebung mit den Mängeln, die sich allseits herausstellten. Der Antrag wurde einstimmig einem neungliedrigen Ausschusse zugewiesen. — Von Seite des Handelsministeriums wird eine Gesetvorlage eingebracht, betreffend die Bedingungen und Zugeständnisse für die Aktiengesellschaft der Südnorddeutschen Verbindungsbahn zum Behufe der Fortsetzung ihrer Hauptlinie von Reichenberg über Friedland bis zur Landesgrenze bei Seidenberg, dann eine Flügelbahn von Eisenbrod bis Tannwald. Endlich ist beim Präsidium des Abgeordnetenhauses eine Zuschrift des Ministers für Kultus und Unterricht eingelangt, welche einen Nachtragskredit von 5500 fl. verlangt für die Erhöhung des systemmäßigen Gehaltes der ordentlichen Professoren an den theologischen Fakultäten.

Somit sind die Wiener Blätter voll von der langerwarteten „Ueberraschung“ der Ernennung eines Ministers, und zwar des Führers der polnischen Abgeordneten Ritter v. Grocholsti. Vielfach stoßen sie sich an dem neuen Räthsel, vor welchem die Völker Oesterreichs nun stehen, vor einem Minister zwar mit dem Titel, jedoch ohne Mittel, vor einem Minister ohne Portefeuille, von dem die „N. Fr. Pr.“ sagt, daß er ein Minister-Wüßigänger sei, dessen natürlicher Beruf es mit sich bringe, seinen Amtsgenossen das Leben recht sauer zu machen. Stungen macht sie, daß ein politisch so unzuverlässiger Mann, wie Grocholsti, ins angeblich verfassungstreue Ministerium tritt, der die Dezemberverfassung mitgeschaffen, um sie auf dem Remberger Landtag zu verleugnen, ein Haupturheber der Resolution und der schmählichen Reichstagsflucht unter Petrino, dieser eingefleischte Pole und Gegner der Deutschen, welcher noch vor wenigen Wochen die zu Recht bestehende Verfassung als eine Fälschung des Oktober-Diploms erklärte und sich damit ganz auf den Standpunkt der anderen Gegner, der Feudalen, Ultramontanen und Slaven gestellt hat. Grund genug, wenn jedermann in Verlegenheit ist, wie er sich diese neueste Ministervermehrung zurechtlegen soll.

Die Abgeordneten der Steiermark scheinen allein ihre Aufgabe begriffen zu haben, in so schweren Zeiten sich mit ihren Wählern ins Einvernehmen zu setzen und sich durch deren Zustimmung zu ihrer Haltung mit neuem Muth zum Verfassungskampfe zu stählen. In Graz erschien Rechbauer vor seinen Wählern, in Eilli Tomschitz, in Marburg Brandstetter und Seidl, in Aussee Dr. Eipp. Alle betonten die Nothwendigkeit des Zusammenstehens der deutschen verfassungstreuen Partei gegenüber der zweideutigen Haltung der jetzigen Regierungsmänner, alle die Emanzipation der Reichsvertretung von den Landtagen.

Im Schönborn'schen Hause zu Prag haben sich indeß die Schwärmer für die Unfehlbarkeit, sechzig Mann hoch, eingefunden und beschlossen, zu den Füßen des Kaisers eine Resolution niederzulegen, welche entschieden eintritt für das Unfehlbarkeitsdogma, für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes, der Herrschaft der katholischen Kirche in Oesterreich, für die Versöhnung der Nationalitäten und den Ausgleich in staatsrechtlichen Dingen auf Grundlage der christlichen Nächstenliebe und noch für eine Menge anderer schöner Sachen. Leo Thun und seine Seelenbräut, die fromme Schönborn, sind die Eltern dieser Resolution.

Zur Tagesgeschichte.

Freikatholisches aus Kroatien.

Die „Tagespost“ berichtet aus Agram 15. April: Das kroatische Oppositionsblatt „Branik“ veröffentlicht, angeregt durch die Döllingersche Erklärung, einen entschieden geschriebenen Leitartikel, der dadurch erhöhte Bedeutung gewinnt, daß Bischof Strogmayer in intemem Berkehr zu dem Blatte steht, welches von dem Priester Mistovic redigirt wird. Besagter Artikel bespricht zuerst die allgemeine Reaktion, die seit dem Tridentiner Konzil auf religiösem Gebiete so gut wie auf politischem geherrscht hat, dann den päpstlichen Absolutismus, dem das letzte Konzil die Sanktion ertheilt hat.

Das „Sum infallibilis“ entspringt, wie sich „Branik“ ausdrückt, derselben Quelle menschlicher Selbstvergötterung, wie das „L'état c'est moi!“ Während aber in der politischen Welt die Parlamente sich ihre Rechte wieder erringen, haben die Bischöfe in einem Akt des Selbstmordes die Kirche dem päpstlichen Absolutismus überliefert. Da müsse denn die Erklärung Döllinger's gegen das Attentat auf die Freiheit der katholischen Kirche allen Gläubigen zum Troste gereichen. Der katholischen Kirche sei jetzt die Wahl gegeben, ob sie sich um die Fahne der Konzilminorität oder um jene der Jesuiten Spaniens und Italiens schaaren wolle.

Davon wird es abhängen, welches Prinzip in der Kirche die Oberhand gewinnen soll: ihre Auferstehung aus gräßlichem Indifferentismus, oder ihr gänzlicher Verfall. — Der Artikel läßt, wie man sieht, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und beweist die weite Verbreitung, welche die freikatholische Bewegung bereits gewonnen hat.

— Der „Ostb. Btg.“ wird aus Wollstein, Steiermark April geschrieben: Die berühmte Krafauer Klosteraffäre hat hier ein Seitenstück an miniature erhalten. Im hiesigen katholischen Kranken- und Waisenhause ist seit einigen Jahren ein armer, vater- und mütterloser Knabe, Namens Tomaszewski aus Graz, untergebracht worden, der neben anderen kleinen häuslichen Funktionen auch den Vikar Janke zu waschen und ihm die Stiefel zu putzen hatte. Vor kurzem hatte es der Knabe einmal verschlafen und war dafür mit einer derben Tracht Prügel bestraft worden. Aus Furcht vor ähnlichen Züchtigungen entließ der Knabe, kehrte aber, da er kein Unterkommen fand, matt und abgemagert zurück. — die weitere Folge war eine noch energisichere Züchtigung. Vor einigen Tagen hatte der Knabe sich wiederum ein kleines Vergehen zu Schulden kommen lassen und wurde auf Befehl der Oberin Schwester in einen Stall gesperrt. Bald darauf erschien der genannte Vikar und leitete folgendes Strafverfahren ein: der Knabe wurde aus dem Stall geholt, tüchtig durchgeprügelt, an Händen und Füßen sehr scharf gebunden, zum Stalle zurückgebracht und mit einer eisernen Kette an die Wand geschlossen. Der Stall wurde verschlossen. — Zufällig kam Abends ein Herr nach dem Propsteigehöft und hörte von der mit dem Knaben vorgenommenen Prozedur. Der Herr theilte dies einem Polizeibeamten mit, welcher bei dem Bürgermeister die weitere Anzeige machte. Der Bürgermeister ließ sofort die Klostergebäude untersuchen und fanden die Beamten den Knaben in jämmerlichem Zustande — er war bei seiner Befreiung fast betäubungslos und konnte weder gehen noch stehen, so daß er zu seiner Verwahrung nach dem Polizeigebäude getragen und sofort ärztlicher Pflege anvertraut werden mußte. Die Angelegenheit ist von der königlichen Staatsanwaltschaft bereits in die Hand genommen.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Unerbösche Auszeichnung.) Der Kaiser hat dem Amtsdienere der Landesregierung in Krain Anton Kuriß anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen, eifrigen und treuen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz verliehen.

— (Reise nach Rom.) Am 17. d. M. reiste der Grazer Bischof Zwerger an der Spitze einer Deputation von klerikalen Damen aus der hohen Aristokratie nach Rom ab. Darunter figuriren unter andern Baronin Lazarini aus Laibach, die Gräfinnen Brandis und Welfersheim aus Marburg u. s. w.

Aus dem Vereinsleben.

(Konstitutioneller Verein.) 30. Monatsversammlung. Vorsitzender: Obmann Deschmann, Schriftführer: Dr. Raitl, landesfürstlicher Kommissär: Regierungsrath Dr. Schöppel.

Die gestrige Versammlung des Vereins war sehr zahlreich besucht, es waren gegen 100 Mitglieder anwesend.

Obmann Deschmann widmete bei Eröffnung der Versammlung dem jüngst verstorbenen Dr. Raitl einen Nachruf. Redner wies darauf hin, daß der Verstorbene ein treuer Kämpfer, ein warmer Anhänger des Vereins, daß er nicht ein Mann von vielen Worten, sondern ein Mann der That war.

Die außerordentliche Betheiligung beim Leichenbegängnisse, welche den Trauerzug zu einem imposanten gestaltete, zeigte recht deutlich die vielen Sympathien, welche die Bevölkerung in allen Schichten für den Verstorbenen hegte.

Redner forderte sodann die Versammlung auf, durch Erheben von den Sigen ihrer Trauer Ausdruck zu geben. (Die ganze Versammlung erhebt sich.)

Zum ersten Gegenstande der Tagesordnung: „Haltung des Abgeordnetenhauses“, ergriff Dr. Suppan das Wort: „Wie wir in den öffentlichen Blättern gelesen, haben sich einige Abgeordnete bestimmt gefunden, die Oserferien zu benutzen und mit ihren Wählern in Kontakt zu treten. Der Grund, warum dies in so seltenen Fällen geschah, wird wohl daran liegen, daß das Betragen des Abgeordnetenhauses Befremden bei der Bevölkerung erregte.“

Nachdem das frühere Abgeordnetenhaus aufgelöst worden, trat das neue, freilich unter den ungünstigsten Auspizien zusammen.

Botocri-Taffe wendeten alle Mittel an, um eine verfassungsfeindliche Majorität zusammen zu bringen, und daß dies nicht geschehen, haben die Czechen verschuldet, denen wir hiemit unseren Dank aussprechen.

Das oberösterreichische Bauerntrifolium war einige Zeit von entscheidender Wichtigkeit.

Unter solchen Verhältnissen war das Haus genöthigt, dem Ministerium sein Mißtrauen kund zu geben und es zum Gehen zu bestimmen.

Dies Benehmen hat wenigstens damals der Würde der Volksvertretung nichts vergeben.

Nach dem Schlusse der Delegation hat sich das Haus einem neuen Ministerium gegenüber gesehen von dem man nicht wußte, wie es entstanden, woher es gekommen, — im Reiche der Unwahrscheinlichkeiten immerhin möglich.

Das Ministerium war mit einem nebelhaften Programm zu Tage getreten, welches das Mißtrauen vermehrte.

Nur zu bald zeigte das neue Ministerium, daß es aus den Erfahrungen seiner Vorgänger nichts gelernt habe, daß es sich weiter mit Ausgleichsmeierei befassen wolle; es zeigte sich sehr bald die höchst verdächtige Erscheinung, daß die Feinde der Verfassung um das Ministerium sich scharten; die Klerikalen merkten, daß ihre Zeit gekommen sei, aus allen Ländern zogen sie nach Wien und konferenzelten im „Hotel „Wandl“; nur zu bald wurde es bekannt, daß der Ministerpräsident, obwohl er es geglaubt, im Dunkel der Nacht zu den Konferenzlern schlich.

Es zeigte sich bald, daß die Konfiskation der Zeitungen an die Tagesordnung kam, hingegen die Bischöfe frei gegen die Staatsgrundgesetze arbeiten durften.

Das Abgeordnetenhaus hat nicht ermangelt, in den Reden dem Ministerium sein Mißtrauen auszusprechen; doch Reden allein genügt nicht, Handlungen werden gefordert.

Das Abgeordnetenhaus war durch dieses Ministerium in eine völlige Verwirrung gerathen, aus der es noch nicht herausgekommen.

Der einzige entscheidende Schritt, der versucht wurde, war die Anfrage an die Regierung in Bezug auf die Vorlage wegen Erweiterung der landtäglichen Kompetenz, allein auch in diesem Falle begnügte es sich mit einer ungezogenen Antwort.

Die maitheilige Haltung des Abgeordnetenhauses bei der Frage der Mehrheitsbewilligung ist auch noch in der allgemeinen Erinnerung, sowie der schmachliche Ausgang, den die Sache am ominösen 1. April gefunden.

Das Abgeordnetenhaus, rückfichtlich die Verfassungsangelegenheiten in denselben, haben die Sachlage nicht erfaßt, nicht erkannt, daß nur ein rückfichtloses Vorgehen Klärung in die verworrene Lage bringen und das Ansehen der Volksvertretung wahren könne. Die Opportunistenritter hatten ihnen beigebracht, daß Befugnisse am Platze sei, daß man sich keine Blößen geben dürfe; indem man aber in einem fort Rückfichten waltete ließ, gab man sich erst recht viele und gefährliche Blößen.

Das Abgeordnetenhaus hätte mit Entschiedenheit vorgehen und sich nicht auf den Standpunkt der Abwehr beschränken sollen. Es hat das Letztere gethan, und es trat die Folge ein, wie immer in solchen Fällen: die Zerlegung der Partei, wie wir sie am Schlusse der zweiten Periode der Session wahrnahmen; Zerfahrenheit herrschte in den Reihen

der Majorität und nur eine kleine Minderheit dachte an ein energisches Einschreiten.

So steht das Abgeordnetenhaus jetzt beim Beginn der dritten Periode seiner Thätigkeit. Was können wir erwarten? Gerade der bevorstehende Theil der Session ist von höchster Tragweite. Es ist zu befürchten, daß nicht das Abgeordnetenhaus und nicht das Ministerium, sondern daß die Gegner der Verfassung entscheiden werden, ob dieselbe weiter zu bestehen habe. Jetzt muß es aber klar werden, ob die Verfassung nur ein Scheinleben führen oder ob sie mit aller Kraft zur Wahrheit gemacht werden soll. Damit das Letztere geschehe, ist vor allem die Einführung direkter Wahlen notwendig. Unser Verein hat dies schon zu einer Zeit ausgesprochen, wo diese Ueberzeugung noch eine wenig allgemeine war. Wir haben auch gehört, daß endlich der Antrag auf Einführung direkter Wahlen im Abgeordnetenhaus vorbereitet werde. Aber damit ist bei der heutigen Sachlage eigentlich noch nichts gethan. Das Schicksal dieses Antrages ist voraussichtlich. Die Geschichte wird in die Länge gezogen werden und das Ganze war nur ein Scheinmanöver. Es handelt sich um weitere Schritte. Wenn es dem Abgeordnetenhaus ernst mit der Sache ist, so müssen die äußersten Mittel angewendet werden, um der Aktion auch den Erfolg zu sichern. Das Abgeordnetenhaus muß es vor allem dahin bringen, daß eine Regierung aus Aender gelange, die absolut darauf verzichtet, einen anderen Ausgleich als nur mit und durch den Reichsrath zu machen; es muß eine Regierung schaffen, die selbst vor allem anderen direkte Wahlen verlangt; die ein Abgeordnetenhaus, das damit nicht einverstanden wäre, sofort auflöst; in den Ländern, wo dissentirende Landtage herrschen, allsogleich direkte Wahlen auszurufen; die sich nicht abschrecken läßt, wenn sie das erste mal ihr Ziel nicht erreicht, sondern denselben Weg nothwendigenfalls zwei- und dreimal betritt. Nur wenn das Abgeordnetenhaus eine solche Regierung ins Leben zu rufen vermag und jede andere immer und mit allen Mitteln perhorresziert, nur dann kann noch die Verfassung zu Ansehen gelangen, nur dann können direkte Wahlen wirklich eingeführt, die Macht des Reichsrathes gesichert und von ihm eine segensreiche Wirksamkeit erwartet werden.

Es ist nicht abzusehen, welche Gefahr das Abgeordnetenhaus bei einer so dezidierten Haltung laufen sollte. Entweder gibt das jetzige Ministerium nach und geht oder es mißt den Staatsstreich machen. Dies möge es denn immerhin wagen. Das Abgeordnetenhaus hätte kein Ansehen unter allen Umständen gewahrt und nach kurzer Zeit würde es mit neuer, vergrößerter Macht wieder dastehen.

Halten wir uns aber an die betäubenden Erfahrungen, die wir bisher gemacht, so dürfen wir ein so entschlossenes Vorgehen von unserem jetzigen Abgeordnetenhaus nicht erwarten. Der Verlauf, den die Dinge in Wirklichkeit nehmen werden, läßt sich leider mit Wahrscheinlichkeit vorhersehen. Der Antrag der Regierung auf Erweiterung der landtäglichen Macht wird verworfen werden; der Antrag auf Einführung direkter Wahlen wird ebenso verworfen werden. Dann wird das Abgeordnetenhaus glauben, es habe die Verfassung gerettet und das Budget bewilligen, und endlich wird es nach Hause gehen, das Ministerium Hohenwart aber bleiben, die Verfassung ein Scheinleben fortführen, die allgemeine Unzufriedenheit fortbestehen. So wird sich der Erfolg der beklagenswerthen Haltung unseres Abgeordnetenhauses gestalten und ein Vertrauen zu ihm ist wahrlich nicht mehr möglich.

Daselbe hat sich in der abgelaufenen zweiten Sessionsperiode kaum bei anderer Gelegenheit so in vollem Glanze seiner Opportunitätsreiterei gezeigt, als in der Frage der Prüfung der kaiserlichen Reichsrathswahlen, wovon ich noch zuletzt ganz kurz sprechen will. Die von der Minorität des krainischen Landtages und unseres Vereins eingebrachten Proteste und der weitere Verlauf der Angelegenheit sind ohnehin bekannt. Ich will auch auf die Reichsfrage nicht weiters eingehen, die ebenfalls in unserem Vereine schon ausführlich besprochen worden ist. Allein das eine muß man sagen, daß so schaaale Sophismen, als bei Behandlung dieser Frage im Abgeordnetenhaus zu Tage traten und wie sie höchstens ein Lukas Suetec aus seinem Arsenal dem Verichterflatter geliehen haben konnte, doch niemand erwartet hatte. Es handelt sich durchaus nicht um die Personenfrage, denn wir alle wissen, daß die krainischen Reichsräthe, hätte man sie aus dem Abgeordnetenhaus unsanft hinausgestoßen, doch vom Landtage mit unbeschränktem Mandate wiedergewählt worden und dann mit diesem gerne nach Wien gegangen wären, wie diesmal mit dem beschränkten, was sie freilich nicht eingehalten haben. Aber eine Anerkennung und Belohnung der Wortbrüchigkeit auszusprechen, wie es hier das Abgeordnetenhaus gethan hat, das war doch für jedermann überraschend. Den eigentlichen Punkt, um den es sich handelte, scheint das Abgeordnetenhaus gar nicht begriffen zu haben. Um seiner eigenen Würde willen dürfte es doch keine Abgeordneten in seinen Reihen dulden, die seine Kompetenz bestreiten. Nicht einem Nachbauer, nicht einem Giskra oder Herbs ist es eingefallen, hier das Ansehen und die Würde des Hauses zu wahren. Nur ein ganz kleines Häuflein fand sich bereit, hierfür einzutreten, und das ist doch wohl das entnuthigendste, daß sich bei einem solchen Anlasse im Abgeordnetenhaus nur so wenige zeigten, daß es ihnen wahrhaft um Recht und Verfassung zu thun sei.

Es befähigt uns also auch die Behandlung der krainischen Wahlfrage leider nur zu sehr, daß wir vom gegenwärtigen Abgeordnetenhaus nicht viel erwarten dürfen, und deshalb

erlaube ich mir, die nachfolgende Resolution zur Annahme zu empfehlen:

Der konstit. Verein spricht seine Ueberzeugung aus, daß die bisherige passive Haltung des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes das Vertrauen der Bevölkerung zu selbstem auf das tiefste erschüttert habe und daß die Einbringung des Antrages auf Einführung der direkten Wahlen allein nicht geeignet sei, ihm das verlorene Vertrauen wieder zuzuwenden, wenn nicht gleichzeitig alle, auch die äußersten verfassungsmäßigen Mittel angewendet werden, um dieser Aktion den Erfolg zu sichern, und wenn daher nicht in erster Linie auf die Bildung eines Ministeriums hingearbeitet wird, welches sich gleichfalls die Einführung der direkten Wahlen für das Abgeordnetenhaus zu seiner Hauptaufgabe setzt.

Dieser bedeutsamen Rede, welcher die Versammlung mit dem gespanntesten Interesse und mit einer ungewöhnlichen Theilnahme gefolgt war, folgte stürmischer Beifall.

Dr. Kaltenegger unterthut die Resolutionsanträge des Vorredners, dessen umfassender Darstellung er kaum etwas beizufügen habe, wobei er jedoch durch die Wichtigkeit des Augenblicks, durch die Bedenklichkeit der Lage sich zum Worte gedrängt fühlte — eine Lage, die ein weiteres, nur allzulange schon dauerndes Schwanken im thätkräftigen Vorgehen der Verfassungspartei unseres Reichsrathes nicht verträgt.

Es steht, seines Crachtens, nichts geringeres als die konstitutionelle Reichsidee, und mit ihr die Grundbedingung der staatlichen Geltung Oesterreichs — des staatlichen Wohlergehens seiner Bürger in Frage.

Allerdings sorgen und kämpfen wir für unsere Verfassung um der Freiheiten willen, die sie uns gewährt, und von deren allseitiger und reichhaltiger Verwirklichung in der großen Staatensfamilie der Menschheit so gewiß abhängt, als es sonst nur Stillstand, Rückschritt, Zerfall gibt.

Alein nicht bloß, weil der fortwährende konstitutive Ringkampf, der dem beständigen Wechsel der Regierungen und ihren Stellungen zur Verfassung entspringt — uns im Ausbaue der verfassungsmäßigen Rechte hindert — müssen wir diesen Mangel an Entschiedenheit für unsere magna charta in erster Linie darum verurtheilen, weil hierbei eine noch tiefer eingreifende Schädigung abzuwehren ist; es gibt gar kein konstitutionelles Reichsleben ohne die Reichsvertretung, ohne ihre Selbständigkeit, ohne ihre Unmittelbarkeit — ohne ihre volle Kompetenz in Reichssachen.

Alles das aber ist das Objekt der Angriffe der staatsrechtlichen Opposition in Oesterreich; — jener verfassungsfeindlichen Parteien, — die mit Hilfe der Freiheiten, welche sie ohne die Verfassung nicht hätten — eben diese Verfassung verleugnen und untergraben; — eben jener Parteien, mit welchen außer und ohne Reichsvertretung Ausgleichsverhandlungen zu führen, nun schon die zweite Regierung in Oesterreich für verfassungsgemäß hält.

Wie verschieden auch die speziellen Gestaltungen sein mögen, welche die einzelnen Fraktionen dieser Opposition im Sinne haben — Eines ist ihnen gemeinsam — die Negation der Reichsverfassung. — Unbeantwundet durfte der böhmische Landtag neben und außerhalb des Reichsrathes tagen und seine bekannte Adresse vortragen; unbeantwundet durfte der krainische Landtag in seiner vorjährigen Adresse den Fehdehandschuh gegen die Reichsverfassung mit der Erklärung hinwerfen, daß sie der rechtsgiltigen Grundlage entbehre — daß er die Wahl in den Reichsrath also ganz unterlassen würde, wenn nicht die Rücksicht auf die drohenden äußeren Gefahren den Zusammentritt der Delegation und die von ihr zu bewilligenden, durch die Kriegereignisse bedingten außerordentlichen Mittel, und der spezielle Ruf der kaiserlichen Vorkchaft vorlägen; — auslandlos durfte er, die verfassungsmäßige Wahl in den Reichsrath geradezu verweigern, — Abgeordnete nur mit Beschränkung auf jenes „außerordentliche“ Mandat entsenden — ohne daß Regierung oder Abgeordnetenhaus dieses Vorgehen gegen die Verfassung zurückgewiesen hätten; — es hat in neuester Zeit die Regierung ihre Stellung zur Verfassung durch Kooptirung eines Kollegen betheätigt, der unsere Verfassung als Fälschung des Oktoberdiploms bezeichnete — eines Mannes, dessen Persönlichkeit der lebendige Kommentar dazu ist, in welchem Sinne diese Fälschung vorgeworfen wurde.

Es ist jener Sinn des Föderalismus, der die Reichsvertretung für die nichtungarischen Königreiche und Länder der Monarchie trotz dem Oktoberdiplom, in welchem sie süß — perhorresziert — ihre Kompetenzen den Landtagen erringen und eben nur diesen das Wahlrecht in die Delegation — angeblich als Stärkung dieser Institution für die Einheit des Reiches — vindiziert — genau so, wie die besprochene Adresse des Landtages von Krain es als Zielpunkt seiner Opposition bezeichnet hat.

Wie diese Opposition die speziellen Verfassungsfragen von Gleichberechtigung der Nationalitäten, von Achtung „historisch-politischer Individualitäten“, von Freiheit der Lehre und des Unterrichts, von konfessioneller Duldung und Machttheorie versteht, ist bekannt und wurde von ihr mannigfaltig illustriert.

Es bedarf also auch gar keiner Sehergabe zu der Erkenntniß, daß, was immer für Pakte und Zugeständnisse an solche Opposition die noch verborgenen Kaltewürfe der ministeriellen Toga bergen mögen — dieselben nur entweder fruchtlose Versuche sein können (wenn die Verfassungstreue wahr sein soll), oder aber die Reichsverfassung und ihre Güter zerstören müßten.

Solchem Dilemma gegenüber gibt es kein Zaudern.

Das Abgeordnetenhaus — vermöge seines Ursprunges und seiner Abhängigkeit von den oppositionellen Wahlkörpern nicht frei in seinen Bewegungen — muß sich dieser widerspruchsvollen Lage entledigen — und mit der Opposition der Opposition — mit dem Volke als unmittelbarer Reichswahlerschaft sich in Verbindung bringen; so wird dem konstitutionellen Reiche zu Theil werden, was sein ist — zugleich vollkräftige Parität mit Ungarn, — den Ländern aber bleiben, was ihnen gebührt — nach dem geschriebenen Verfassungsrechte Oesterreichs nicht minder, als nach dem natürlichen.

Diesem gemäß enthält die Anforderung, welche die Resolution des heutigen Antragstellers ausdrückt, das wahre alleinige Mittel der Abhilfe, sie kann (denken wir nur an die Zusammenkunft des Abgeordnetenhauses und die erforderliche Majorität) schon bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus — um so mehr, wenn die Sanction der Krone zu erwirken sein wird (des Herrenhauses dürfen wir wohl sicher sein) nur dann auf Erfolg rechnen, wenn die Energie und Mittel der Regierung mit Eingebung und Beharrlichkeit konstitutioneller Ueberzeugung thätig eingreifen.

Aus diesen Gesichtspunkten erklärt sich Redner mit den Resolutionsanträgen nicht nur einverstanden, sondern begrüßt es mit Freude, daß sie gestellt worden sind.

Als dritter Redner spricht Herr Ertl: Die Herren Vorredner haben unsere Reichsvertretung einer Vivisektion nach allen Regeln der Anatomie unterzogen. Wir sahen ordentlich die Gliedmaßen der Körperlichkeit unter dem unheimlichen Seziermesser zucken und bluten, wir beobachteten die krankhaften Erscheinungen an ihrem Organismus, die Aftersprosseln und Eiterbeulen, von welchen ihre edelsten Theile angegriffen sind, und gewiß hat mancher von Ihnen, meine Herren, jenes mit Grauen gemischte Interesse dabei empfunden, von welchem er damals übermannt wurde, als er zum ersten Male einer chirurgischen Operation beizuwohnen mußte.

Freilich befand sich unser Parlament zum Glücke hier nur sichtlich auf dem Seziertische, während es in Wirklichkeit heute seinen Eingang in das Brettergehäuse vor dem Schottenthor gehalten hat, um trotz seiner Gebreche mit der ihm eigenen „vis inertiae“ den Kampf gegen seine Auflösung fortzusetzen und durch ein exemplarisches Betragen die Regierung mit seiner Existenz auszufohlen, sowie gewisse Frauen den störrischen Sinn ihrer Männer durch Sanftmuth und Unterwerfung zu beugen suchen.

Ich bin auch der Meinung, daß unser hohes Abgeordnetenhaus sich durch die herbe Kritik, die hier gegen dasselbe geübt wurde, aus seiner Gemüthsruhe ebenso wenig werde aufschrecken lassen, als dies die Wölfe mit dem Zaunpfähle, die ihm schon so oft von den Ministerfauten aus zu Theil wurden, bisher zu bewirken vermochten.

Wenn ich mir also auch von der beantragten Resolution eine unmittelbare Wirkung auf unsere Abgeordneten keinesfalls versprechen kann, so stimme ich dennoch für die Annahme dieser Resolution, denn sie ist jedenfalls eine ehrliche, mannhafte, wildige Kundgebung, die vermuthlich auch außerhalb unserer Landesmarken ein vielfaches Echo wecken und in Verbindung mit verwandten Manifestationen unserer Gefinnungsgeoffenen dazu beitragen wird, daß bei einer künftigen Regenerierung unseres Abgeordnetenhauses — falls diese nicht auch in das Reich utopischer Träume verwiesen wird — die Wahlen auf wahrhaft freisinnige, von Selbstsucht und Schwäche nicht angekränkelte Männer fallen werden. Das walle der Genius Oesterreichs!

Bei der Abstimmung über diesen Punkt, über den noch Dr. v. Schrey und Dr. Schaffer sprechen, wurde der Antrag Dr. Suppans sowie der weitere von Dr. Schaffer gestellte:

1. Die Verklammerung wolle folgende Resolution fassen: Der konstitutionelle Verein in Laibach spricht den Mitgliedern des Hauses der Abgeordneten, welche die Proteste der Minorität des krainischen Landtages und des Vereins gegen die Gültigkeit der vom letzten krainischen Landtage vorgenommenen Reichsrathswahl mannhafte Unterstützung und den verfassungsmäßigen Standpunkt in dieser Angelegenheit in ebenso ausgezeichnete als energischer Weise gewahrt haben, den Herren Brandstätter, Dr. Hanisch, Dr. Knoll, Dr. Pidart und Tomšich, die vollste Anerkennung und den aufrichtigsten Dank aus.

2. Der Ausschuss werde ersucht, die genannten Mitglieder des hohen Hauses der Abgeordneten von diesem Beschlusse zu verständigen — einstimmig angenommen.

Die weiteren bisher gehörigen Reden, sowie den Bericht über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung können wir wegen Mangel an Raum leider erst morgen bringen.

Eingefendet.

Seitdem Seine Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der delikaten Revalesciere du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Aerzte und Hospitaler die Wirkung derselben anerkannt, wird niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilmahrung bezweifeln und führen wir die folgenden Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medizin und ohne Kosten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsens-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulich-

keit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutauffsteigen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 72.000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Plüskow, der Marquise de Bréhan. — Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 mal ihren Preis in Arzneien.

Zertif. Nr. 73.416.

Kafen in Steiermark, Post Pirkfeld, 19. Dez. 1869. Mit Vergnügen und pflichtgemäß beschäftigt ist die glückliche Wirkung der Revalesciere. Dieses vortreffliche Mittel hat mich von entsetzlichen Athembeschwerden, beschwerlichem Husten, Blähbauch und Magenkrämpfen, woran ich lange gelitten, befreit. Vinzenz Staining, pens. Pfarrer.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfd. fl. 1.50, 1 Pfd. fl. 2.50, 2 Pfd. fl. 4.50, 5 Pfd. fl. 10, 12 Pfd. fl. 20, 24 Pfd. fl. 36. — Revalesciere Chocolat in Tabellen für 12 Tassen fl. 1.50, für 24 Tassen fl. 2.50, für 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen 4.50, für 120 Tassen fl. 10, 288 Tassen fl. 20, 576 Tassen fl. 36. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Wien, Wallfischgasse 8; in Laibach bei Ed. Nahr, Parfumeur und Anton Krisper; in Pest Löröl; in Prag J. Fürst; in Preßburg Pisztor; in Kagenfurt P. Birnbacher; in Linz Haselmayer; in Graz Oberranzmeyer; in Marburg J. Kollet; in Lemberg Rottender; in Klausenburg Kronstädter, und gegen Postnachnahme.

Witterung.

Laibach, 19. April. Nachts sternenhell. Angenehmer Vormittag, halbbreiter, Nachmittag zunehmende Bewölkung. Südwestwind mäßig. Wärme: Morgens 6 Uhr + 7.3° Nachmittags 2 Uhr + 16.2° R. (1870 + 14.4°; 1869 + 13.2°) Barometer im fallen 324.27". Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 10.6°, um 3.2° über dem Normale.

Verstorbene.

Den 18. April. Dem Franz Beig, provvis. Aufseher, sein Kind Mathias, alt 3 Jahre, in der Barmherzigengasse Nr. 128 an der Lungenlähmung. — Dem Herrn Mathias Fing, Stadtrundarzt, seine Frau Johanna, alt 60 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 2 an Erschöpfung der Kräfte.

Telegramme.

(Orig. Telegr. des „Laib. Tagblatt.“)

Paris, 18. April. In Folge kräftigen Angriffes der Versailler Truppen räumten die Föderirten das rechte Seineufer, besetzten jedoch Nachmittags dasselbe wieder, brachten mit einer daselbst errichteten Batterie die Mitrailleusen von Becon zum Schweigen. Alsieres wird von der Redoute Genevillers bombardirt. Versailler Truppen machen eine Vorwärtsbewegung und nähern sich der Seine. Die Föderirten behaupten sich nur schwer angesichts der vom Feinde entwickelten Streitkräfte.

München 18. April. Der Erzbischof exkommunizierte Döllinger.

Wien, 18. April. (Reichstag.) Ein Antrag des Rekrutierungsausschusses, wegen Differenzen bezüglich des sanktionirten tiroler Landesvertheidigungsgesetzes einen Ausschuss einzusetzen, wurde angenommen; ebenso wurde der Antrag Fug' auf Einsetzung eines Ausschusses zur Revision der Preßgesetzgebung einstimmig angenommen.

Der Kaiser überraschte heute die Mutter Tegetthoffs mit einem Kondolenzbesuche und bestimmte für selbe eine Jahrespension von 1500 Gulden.

Paris, 17. April, Abends. Das Ergebnis der Kommunalwahlen ist zumeist eine Niederlage für die Kommune; Menotti Garibaldi wurde gewählt. Es geht das Gerücht, die Votschafter Englands, Italiens und Amerika's versuchen die Wirkung eines Waffenstillstandes.

Heute unaufhörliche Kanonade und Gewehrfeuer zwischen den gegenseitigen Stellungen. Es scheint, daß die Aufforderung an die Kommune zur Uebergabe wirklich existirt und die bedrohten Viertel in Folge Benachrichtigung der Municipalbehörden Vorsichtsmaßregeln ergreifen.

Zahnarzt

Med. Dr. Tanzer, (172-1)

Dozent der Zahnheilkunde aus Graz, ordinirt seit 13. d. M. hier in Laibach Hotel Elephant 3. Nr. 20 und 21 im ersten Stock täglich von 9 bis 1 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags.

Echt französisches Guttapercha-Papier (Cautschouc, Baudruche) offerirt M. Israel junior, Köln a. Rh. (160-4)

Freiwillige Lizitation.

Mit Bewilligung des löblichen Stadtmagistrates Laibach wird

am 20. d. M.

Vormittags im Freiherr v. Jois'schen Hause am Mann Nr. 174, 1. Stock, nebst mehreren anderen Einrichtungsstücken und Gegenständen eine sehr hübsche Garnitur Saloneinrichtung im Wege der freiwilligen Lizitation gegen gleich bare Bezahlung veräußert werden.

Kauflustige werden hiezu eingeladen.

Verkauf einer schönen Besitzung.

Dieselbe, 1/2 Stunde außer der Stadt Laibach, besteht aus einem Herrenhause mit 10 Zimmern, einem zweiten mit 5 Zimmern, dann einem Bauernhause mit 2 Zimmern und Stallungen, ferner gegen 30 Joch gut bebauten Grundes mit schönen Obstbäumen, und ist um 17.500 Gulden gegen sehr gute Zahlungsbedingungen sammt Viehstand und fundus instructus aus freier Hand zu verkaufen. Näheres bei der Besitzerin, Karstädtervorstadt Nr. 15.

Wiener Börse vom 18. April.

Staatsfonds.	Geld	Mare	Privat-Oblig.	Geld	Mare
Spec. Rente, 50 Pap.	58 95	59. —	Ort. Hypoth.-Bank	—	—
dto. 50 in Silber	58 75	58 85	Prioritäts-Oblig.	—	—
Loose von 1854	59 75	59 25	Silb.-Obl. zu 500 fl.	113. —	113 25
Loose von 1860, ganze	56 40	56 60	dto. 100 fl. 5. R.	131. —	130 50
Loose von 1860, Brück.	108 50	109. —	Stad. (200 fl. 5. R.)	89. —	89 25
Prämienq. v. 1864	124 15	124 50	Staatsbahn pr. Stück	139. —	139 50
Grundentl.-Obl.			Staatsb. pr. St. 1867	134. —	134 50
Steiermark zu 5 Pst.	93. —	94. —	Munich. (300 fl. 5. R.)	89 50	90 25
Kärnten, Krain			Frank. (200 fl. 5. R.)	97. —	97 25
u. Kärnten 5	86. —	86 50	Loose.		
Ungarn „ 5	79 20	80 50	Credit 100 fl. 5. R.	103 75	104. —
Kroat. u. Slav. 5	83 50	84. —	Don.-Dampsch.-Ges.	—	—
Stiebnbürg. 5	74 25	74 75	zu 100 fl. 5. R.	99. —	100. —
Aktion.			Triester 100 fl. 5. R.	122. —	125. —
Rationalbank	742. —	743. —	do. 50 fl. 5. R.	58. —	60. —
Union-Bank	267 40	267 50	do. 40 fl. 5. R.	33. —	34. —
Creditanstalt	277 70	277 90	Salz. „ 40 „	39. —	40. —
Anglo-Oesterr. Bank	267. —	267 50	Wien. „ 40 „	35. —	36. —
Oest. Oesterr.-B. „	257. —	259. —	St. Genois „ 40 „	31.50	32.50
Oest. Hypoth.-Bank	89. —	91. —	Windischgrätz 20 „	21.50	22.50
Steier. Oesterr.-B. „	235. —	—	Waldstein „ 20 „	22. —	23. —
Kraus. „ 128. —	128. —	128 25	Regiovis „ 10 „	16.50	17. —
Rail. Ferd.-Nordb. „	2190. —	2205. —	Munich. 10 fl. 5. R.	13.50	16.50
Südbahn-Gesellsch. „	180 20	181. —	Wohlsel (3 Wp.)	—	—
Rail. Elisabeth-Bahn	210. —	220.50	Kugler 100 fl. 5. R.	104.20	104.50
Südbahn-Gesellsch. „	164 50	170. —	Frankf. 100 fl.	104.65	104.80
Staatbahn „	413. —	414. —	London 10 fl. 5. R.	135.25	135.50
Rail. Franz-Josef-B. „	198 75	197 25	Paris 100 Francs	—	—
Rail. Nordb.-Oest. „	167 50	165. —	Künzen.		
Wien-Bum. Bahn „	173 25	173 75	Nation. 5. R. verlobt.	92 65	93. —
Pfandbriefe.			Ang. Ob.-Creditant.	90 25	90 50
Nation. 5. R. verlobt.	92 65	93. —	Wien. Ob.-Credit.	106 40	106 50
Ang. Ob.-Creditant.	90 25	90 50	Wien. Ob.-Credit.	87. —	87 25
Wien. Ob.-Credit.	106 40	106 50	Rail. Franz-Josef-B.	5.50	5.91
Wien. Ob.-Credit.	87. —	87 25	20-Francs-B.	9.96	9.97
Rail. Franz-Josef-B.	5.50	5.91	Bereitstellung	1.84	1.85
20-Francs-B.	9.96	9.97	Silber	122.60	122.75
Bereitstellung	1.84	1.85			
Silber	122.60	122.75			

Telegraphischer Wechselkurs vom 19. April.

5proz. Rente 58.90. — 5proz. Rente 58.90. — 1860er Staatsanleihen 96.75. — Bankaktien 742. — Kreditaktien 278.80. — London 125.20. — Silber 122.25. — R. I. Münz-Dufaten 5.89. — Napoleons'd'or 9.96.